SCHWÄBISCHES TAGBLATT, 16.6.2018

Schluss mit den Bettelbriefen?

Lernmittelfreiheit Reicht den Tübinger Schulen nach der Erhöhung ihrer Budgets das Geld oder braucht es eine weitere? Der Gemeinderat will genauere Daten. *Von Lorenzo Zimmer*

Die Lernmittelfreiheit – also die Verpflichtung, Gegenstände, die in staatlichen Bildungseinrichtungen benötigt werden, kostenlos zur Verfügung zu stellen – ist in Baden-Württemberg in der Landesverfassung verankert. Carolin Petry, Vorsitzende des Tübinger Gesamtelternbeirats (GEB), sieht Tübingen neuerdings in einer Leuchtturmfunktion: „Mit der Erhöhung sollte die Lernmittelfreiheit endlich in den Schulen ankommen."

Zum laufenden Haushaltsjahr hatte der Tübinger Gemeinderat die Budgets für Schulen erhöht (wir berichteten). Damit reagierte er auf das Drängen des GEB und der Schulen. Die Erhöhung war die erste seit 2008 – und am Donnerstagabend erneut Thema im Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales. Denn das Gremium wollte von der Verwaltung wissen, ob die Schulen mit dem Geld hinkommen: ohne – wie es jahrzehntelang Praxis war – die Eltern zu Beginn jeden Schuljahrs zur Kasse zu bitten.

Doch bisher hat sich wenig geändert: Die Erhöhung kam nach dem Schuljahresbeginn, zu dem Schulen die Eltern in so genannten Bettelbriefen bereits um Geld gebeten hatten. Sie sollen in Zukunft der Vergangenheit angehören.

Doch der GEB fürchtet, dass die Erhöhung nicht ausgereicht hat. Und argumentiert in einer Stellungnahme, die dem TAGBLATT vorliegt: „Warum die Schulbudgets 2018 nach dem Wegfall der Zuzahlungen der Eltern zu niedrig sind, kann man schon heute sachlich begründen." Anhand des Kassenstands, anhand der Erfahrungswerte der letzten Jahre, der schulischen Haushaltsplanungen des laufenden Schuljahres und der langen Liste jener Dinge, die aus finanziellen Gründen in der Vergangenheit nicht angeschafft werden konnten.

> Die Schulen mögen mit dem Geld zwar hinkommen, aber sie beschränken sich halt.
>
> **Carolin Petry,** GEB-Vorsitzende

Die Verwaltung hingegen zeigt sich mit der vor rund drei Monaten beschlossenen Erhöhung zunächst zufrieden: „Die Verwaltung ist der Auffassung, dass die neuerliche Erhöhung der Schulbudgets zur Haushaltsanmeldung 2019 ohne aussagekräftige Informationen zum tatsächlichen Mittelabfluss 2018 nicht gerechtfertigt ist", so deren Antwort in der Verwaltungsvorlage. Stattdessen wolle man ein Schuljahr abwarten. Zusätzlich legte die Verwaltung den Stadträten eine Liste vor, der zufolge die Schulen aller Schulformen im Stadtgebiet erst zwischen 17 und 35 Prozent ihrer Mittel abgerufen hätten.

Dazu meldete sich Hanna Sumski, Schulleiterin des Carlo-Schmid-Gymnasiums und geschäftsführende Schulleiterin aller Tübinger Gymnasien, zu Wort: „Wir haben Anfang September Geld von den Eltern erbettelt und die großen Ausgaben kommen erst jetzt. Neue Lektüren, größere Anschaffungen. Deswegen ist bisher so wenig abgerufen worden." Die Verwaltung begründete den Vorschlag, ein ganzes Schuljahr abzuwarten, damit, dass die Schulbudgets nur mit Vorlauf auszuwerten seien. „Wir dachten, wir könnten jetzt im Juni einen Überblick kriegen, aber das war zu optimistisch", so Christine Vollmer von der Fachabteilung Schule und Sport.

SPD-Stadträtin Ute Leube-Dürr, ehemalige Schulleiterin des Uhland-Gymnasiums, skizzierte die Situation an Schulen: „Es gibt keine ausreichenden Lektüre-Bibliotheken, weil das bisher die Eltern bezahlt haben." Solche Vorräte mit Klassensätzen gelte es aufzubauen: „Es wäre deshalb sinnvoll, gezielt abzufragen, welches Geld für Basisausstattung und welches für laufende Ausgaben verwendet wird."

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Martin Sökler sprach sich auch dafür aus, die Rückmeldungen zum Herbst einzuholen, um zum kommenden Haushalt reagieren zu können: „Eine pauschale Erhöhung ohne erneut Daten zu erheben, nachdem uns die neue Lösung vor zwei Monaten gut und richtig erschien, halten wir für falsch." FDP-Stadtrat Dietmar Schöning stimmte zu: „Wir müssen rausfinden, wie haltbar unsere Zahlen sind, damit nicht das Geld fehlt, die Lernmittelfreiheit wirklich umzusetzen."

Linke-Stadträtin Gerlinde Strasdeit: „Es gab von 2008 bis 2017 keine Erhöhung, stattdessen wurden noch 5 Prozent Haushaltskonsolidierung abgezwackt." Sie sprach sich dafür aus, eine eventuelle Erhöhung schon im kommenden Haushalt zu berücksichtigen. Die Stadtverwaltung stimmte schließlich zu, die Erhöhung schon im Herbst zu bewerten. Dazu Sumski: „Wir werden uns verpflichten, einen richtigen und aussagekräftigen Stand zu liefern." Ihr gefalle, „dass sich der Gemeinderat so eindeutig auf die Seite der Schulen stellt."

Manfred Niewöhner, Fachbereichsleiter Bildung, Betreuung, Jugend und Sport: „Ich bin sicher, dass wir eine gute Lösung finden werden." Auch Petry vom GEB zeigte sich zufrieden: „Ich bin beruhigt, nachdem ich gehört habe, dass der Gemeinderat das Ganze schon zum kommenden Haushalt evaluieren will." Sie habe nicht das Gefühl, dass die Erhöhung hoch genug war: „Die Schulen mögen mit dem Geld zwar hinkommen, aber sie beschränken sich halt." Eine Evaluierung erst für den Haushalt 2020 wäre „sicher nicht gut gewesen", so Petry weiter. Die Erste Bürgermeisterin Christine Arbogast stimmte zu: „Die Auswertung im Herbst ist richtig. Das machen wir."

Die Beträge pro Schüler

Seit dem Schuljahr 2018 erhalten Tübinger Grundschulen und die Gemeinschaftsschulen bis zur vierten Klasse für die Lernmittel 111 Euro pro Schüler (bisher 95). In Grundschulförderklassen beträgt der Pro-Kopf-Betrag 130 Euro (123,50), in Gemeinschaftsschulen 138 Euro (114), in Realschulen ebenfalls 138 Euro (114) und in Gymnasien 156 (bisher 133). Förderschulen erhalten 220 Euro pro Schüler für Materialien (bisher waren es 209).